

Öko-Masterplan liegt vor: So will von der Leyen mit 1 Billion Euro Europa grün machen

FOCUS-Online-Autor [Hans-Jürgen Moritz](#) [Mittwoch, 04.12.2019, 12:31](#)



Ursula von der Leyen

Ursula von der Leyen hat den sogenannten European Green Deal zu einem der wichtigsten Themen ihrer Amtszeit erklärt. Bis 2050 solle die EU klimaneutral werden. Das soll 1 Billion Euro kosten. FOCUS Online liegt der erste Entwurf des Plans exklusiv vor. Daraus geht hervor, wie umfassend grün von der Leyen Europa machen will.

Grün, grüner, von der Leyen: Die neue EU-Kommissionspräsidentin hat mit ihrem „Grünen Deal“ für Europa eine Generalüberholung zahlreicher Politikfelder vor. Der erste Entwurf dafür, der FOCUS Online vorliegt, umfasst neben klassischen Umweltschutz- und Klimaschutzmaßnahmen eine Fülle weiterer einschneidender Initiativen. Änderungen daran sind noch möglich. Das Papier kursiert zurzeit zwischen den zuständigen Generaldirektionen der EU-Kommission.

Ehrgeiziger Zeitplan, „Grüner Eid“

Das interne Papier soll am 11. Dezember in eine Mitteilung der Kommission münden. Es gibt einen ehrgeizigen Zeitplan für den „Grünen Deal“ vor. Das Ziel der Klimaneutralität [Europas](#) bis 2050 soll bis März 2020 im ersten europäischen Klimagesetz festgeschrieben werden. Bis Oktober soll die Kommission einen Plan vorlegen, wie der Kohlendioxid-Ausstoß Europas bis 2030 um mindestens die Hälfte sinken kann.

„Die Kommission wird alle relevanten Rechtsvorschriften überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten“, heißt es in der Ideensammlung, die neben dem Begriff eines „Grünen Deals“ auch mit der Bezeichnung „Grüner Eid“ operiert: Er beinhaltet die Verpflichtung, alle Maßnahmen darauf anzulegen, der Umwelt keinen weiteren Schaden zuzufügen.

Industrie und Verkehr: Strategie für nachhaltige Mobilität

Industriepolitik: Für März nächsten Jahres ist die Definition einer entsprechend ausgerichteten EU-Industriepolitik geplant sowie ein neuer Aktionsplan für eine umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft. Ein neuer Ökodesign-Arbeitsplan soll folgen, eine Strategie für mehr Nachhaltigkeit in der Chemieindustrie ebenfalls.

Verkehr: Eine umfassende Strategie für nachhaltige Mobilität ist weiterer Bestandteil der Vorschläge. Dabei fasst die Kommission Schiffs- und Luftverkehr stärker ins Auge. Der Seeverkehr soll erstmals in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbezogen werden. In diesem so genannten Emissionshandel, der klimaschädliche Gase mit einem Preis belegt, soll es für den Luftverkehr künftig weniger Ausnahmen geben.

Zudem will die Kommission prüfen, wie sie den Straßenverkehr in dieses System einbinden kann. Das fünfseitige Papier sieht auch vor, neue, schärfere Grenzwerte für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zu definieren. Es legt außerdem als Ziel fest, 75 Prozent des jetzigen Straßen-Frachtverkehrs auf die Schiene und Binnengewässer zu verlagern, ohne dafür eine Frist zu nennen.

Landwirtschaft: "Gerecht, gesund und umweltfreundlich"

Landwirtschaft: Vorgesehen ist eine umfassende Überprüfung der gesamten vorhandenen Gesetzgebung, die Land- und Forstwirtschaft betrifft. Sie soll in Einklang gebracht werden mit verschärften Anforderungen an Klima- und Artenschutz. Bestandteil der neuen Strategie ist ein Wiederaufforstungsplan für Europa. Im Frühjahr nächsten Jahres soll eine Übersicht darüber vorliegen, wie die Nahrungswirtschaft „gerecht, gesund und umweltfreundlich“ umgestaltet werden kann. Unter anderem sind Initiativen für Alternativen zum Einsatz von Pestiziden geplant sowie Maßnahmen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln.

Finanzen: „Die Kommission wird im Juni 2020 einen Aktionsplan für grüne Finanzierung präsentieren“, heißt es in dem Papier. Es gehe darum, mit Steuer- und Subventionspolitik „die richtigen Preissignale“ zu setzen. Die jetzige Energiebesteuerungsrichtlinie der EU solle überarbeitet werden, um sie an die Klimaziele anzupassen. Generell sei anzustreben, in Steuerangelegenheiten künftig keine einstimmigen Beschlüsse im Kreis der EU-Mitgliedstaaten mehr fassen zu müssen. Von der Leyen hat bereits das Ziel vorgegeben, in den nächsten zehn Jahren eine Billion Euro an Investitionen für den Klimaschutz zu mobilisieren.

Erhebliche Widerstände zu erwarten

Einige in dem Papier niedergelegte Ideen bleiben vage, etwa die eines „Europäischen Klimapakts“. Er muss noch näher ausgearbeitet werden, soll aber schon im März 2020 vorliegen. Etliche Vorschläge dürften auf erheblichen Widerstand stoßen, unter anderem die Absicht, Steuerangelegenheiten im Kreis der EU-Mitgliedsländer nicht mehr einstimmig zu beschließen.

Im Entwurf der Schlussfolgerungen des nächste Woche stattfindenden EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs wird dem Klimaschutz zwar breiter Raum gewidmet. Es ist jedoch auch ausdrücklich davon die Rede, dass nationale Umstände und Startbedingungen für den Einstieg in mehr Klimaschutz zu beachten seien. Das Recht jedes EU-Lands, seinen eigenen Energiemix zu wählen, sei zu respektieren.

Es seien „ernste Herausforderungen“ zu bewältigen, für die erhebliche öffentliche und private Investitionen nötig seien, heißt es im Entwurf des Abschlusspapiers des Gipfels weiter. Finanzielle Unterstützung für den „Grünen Deal“ werde noch über 2030 hinaus nötig sein.